

(Carla Bregenzer)

von dieser bayerischen Initiative?“ sagen. Herr Klenk, dass Sie sich eher dagegen ausgesprochen haben, wundert mich. Sie haben mit Ihrem Infragestellen eigentlich deutlich gemacht, dass Sie gar nicht so sehr davon überzeugt sind, dass das ein sinnvolles Hilfsinstrument ist. Natürlich ist ein solches Gesetz nur ein Hilfsinstrument, aber auf der anderen Seite ist es auch eine Möglichkeit, sich nicht nur vor Scientology zu schützen, sondern auch vor Scharlatanen vielfältiger Art, die auf unserem Markt tätig sind.

Ein solches Gesetz könnte eine eindeutige Identifizierbarkeit der Veranstalter und des Anbieters, eine genaue Beschreibung von Zielen und der angebotenen Leistungen erreichen. Es wäre die Darstellung der angewandten Methode und der theoretischen Grundlage zu fordern, die Angabe der Voraussetzungen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mitbringen müssen, aber auch der Ausbildung, die diejenigen haben, die diese Angebote, Seminare und Kurse machen. Dies wäre dann eine Möglichkeit, dass Anbieter endlich einmal die Kosten darlegen, um den Menschen wirklich deutlich zu machen, mit welchen Kosten sie im Detail zu rechnen haben, wenn sie sich auf Scientology einlassen. Auch der Zahlungsmodus müsste dargestellt werden. Es gäbe auch eine Kündbarkeit von Verträgen, die jetzt nicht vorhanden ist. Damit würden die Menschen vor großem finanziellem Schaden geschützt. Wenn es uns gelänge, in einem solchen Gesetz die Beweislastumkehr festzulegen, wären die Menschen, die von Scientology geschädigt würden, nicht in der Verantwortung, in der sie jetzt sind, von sich aus den Nachweis zu erbringen, dass Scientology die gesundheitliche Gefährdung mit sich gebracht hat, sondern es wäre andersherum.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter
GRÜNE)

Natürlich wird ein solches Gesetz keinen absoluten Schutz bieten. Den Reinfall auf Scharlatane können wir damit nicht verhindern. Aber wir lassen die Menschen nicht mehr so allein, wie wir sie im Augenblick allein lassen. Wenn jetzt auch, Frau Rastätter, die Grünen dafür sind, einen solchen Verbraucherschutz auf den Weg zu bringen, dann enttäuscht mich die Stellungnahme der baden-württembergischen Landesregierung doppelt; denn wir in Baden-Württemberg waren die Ersten, die eine solche Initiative in den Bundesrat eingebracht haben. Schon 1996 in der großen Koalition war es Frau Sozialministerin Solinger, die diesen Gesetzentwurf eingebracht hat. Wenn Sie, Herr Rau, jetzt immer noch sagen, Sie müssten prüfen, haben Sie, denke ich, Zeit verschlafen. Wir in Baden-Württemberg waren die Ersten, die in einem Land ein Wohnprojekt hatten. Wir hatten ein Aussteiger- und ein Betroffenenhaus, und wir haben dies in Baden-Württemberg mitfinanziert. Durch die wissenschaftliche Begleitung haben wir auch Erfahrungen gesammelt, und es ist schade, dass das nicht mehr so weitergeführt werden kann.

Scientology ist ein Risiko für die Gesundheit, für die Willensfreiheit und für die rechtliche Integrität des Einzelnen. Es bleibt die Gefährdung der Gesundheit durch Scientology. Ich halte nichts davon, Scientology zu verbieten, Herr Kleinmann, denn damit würden Sie nur – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abgeordnete, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Ich bin bei meinem letzten Satz.

Wenn wir Scientology verbieten, zwingen wir sie dazu, mit neuem Namen wieder aufzutreten und ihre Agitation auf neue Weise weiterzuführen. Ich bin dafür, uns in öffentlicher Auseinandersetzung im Sinne der wehrhaften Demokratie mit Scientology zu beschäftigen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter
GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Beantragt ist die Überweisung des Antrags Drucksache 13/1552 an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Spritsparland Baden-Württemberg – mit Vollgas Sprit sparen – Drucksache 13/1595

Das Wort erhält Herr Abg. Boris Palmer.

(Zurufe: Hoi! – Abg. Döpfer CDU: Sind Sie mit dem Fahrrad da? – Heiterkeit – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Wo bleibt der Helm?)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Ich entnehme den Beifallsbekundungen, dass auch Sie dieses Thema für bedeutsam halten.

(Vereinzelt Beifall)

In der Tat möchte ich Ihnen vorab begründen – weil ich glaube, dass es weitgehend unterschätzt wird, möglicherweise auch hier im Haus –, warum wir von der Fraktion GRÜNE dieses Thema für bedeutsam halten.

(Abg. Scheuermann CDU: Was versteht ein Radfahrer vom Spritsparen? – Heiterkeit)

– Herr Kollege Scheuermann, das Bedauerliche ist ja, dass sich die Autofahrer weniger darum kümmern als die Radfahrer, sonst müssten wir doch gar nicht mehr darüber debattieren.

Warum ist dies ein bedeutsames Thema, meine Damen und Herren? Ich glaube, dass ich Sie mit ökonomischen Argumenten leichter überzeugen kann als mit ökologischen, und zwar insbesondere die Teile des Saales, die momentan so erheitert sind.

In Baden-Württemberg werden durch eine unökonomische Fahrweise jährlich rund 1,5 Milliarden Liter Kraftstoff vergeudet, ohne jeden Nutzen. Das entspricht Kosten von 1,5 Milliarden €, die die Autofahrer zu tragen haben. Pro Person und Jahr sind das immerhin 140 €, die ohne jeden volkswirtschaftlichen Verlust eingespart werden könnten.

(Boris Palmer)

Das heißt, wir reden hier von einer Dimension, die fast das Loch unseres Landeshaushalts ausmacht. Deshalb hat dieser Antrag ein solches ökonomisches Gewicht, dass sich eine solche Debatte, wie ich meine, lohnt.

Es handelt sich auch um ein Thema, bei dem – das haben wir nicht immer – Ökonomie und Ökologie zusammengehen. Denn wenn hier Kraftstoff eingespart werden kann, dann bedeutet das natürlich einen wirtschaftlichen Vorteil. Dann bedeutet das Unabhängigkeit von Rohölimporten, aber es bedeutet auch eine erhebliche Absenkung der CO₂-Emissionen. Das heißt, es ist ein Weg, den wir ohne zusätzliche Kosten beschreiten können, um den Klimaschutzverpflichtungen gerecht zu werden.

Auch dazu eine Zahl: Bei etwa 20 % der CO₂-Emissionen, die direkt dem Verkehrsbereich zugeordnet werden können, und einem theoretischen Potenzial der energiesparenden Fahrweise von 20 % Einsparung, bezogen auf diesen Block, könnten wir von heute auf morgen ohne jede technische Änderung, ohne jeden finanziellen Aufwand 4 % unserer CO₂-Emissionen zurückschneiden und hätten damit von heute auf morgen das Einsparziel der Bundesrepublik sofort erfüllt.

Sie können das auch in die andere Richtung umrechnen: Bei durchschnittlichen Kosten des derzeit vom Minister hoch gelobten Programms für die CO₂-Vermeidung von 50 € je Tonne würde das einer Investitionersparnis von über 2 Milliarden € pro Jahr entsprechen, die hier erzielt werden könnte.

Dieses Thema ist bedeutsam. Es ist ökologisch und ökonomisch bedeutsam. Nun haben wir in unserem Antrag von der Landesregierung eine Einschätzung dieses Themas begehrt. Wir haben abgefragt, was sie dafür unternommen hat. Ich gestehe gerne zu, dass diese Landesregierung im Vergleich zu anderen Ländern hier sicherlich eine Vorbildfunktion einnimmt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/
DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Wo Lob angebracht ist, soll man das auch äußern. Das Land ist hier Spitze. Baden-Württemberg war das erste Land, das Spritsparkurse finanziell bezuschusst hat. Und die Landesregierung ist mit uns der Auffassung, dass dieses Thema von hoher Bedeutung ist und dass eine spritsparende Fahrweise gefördert werden sollte. Dafür meinen ausdrücklichen Respekt und meine Zustimmung.

Aber, meine Damen und Herren, wenn das Ihr Anspruch ist, dann müssen Sie sich auch am Ergebnis messen lassen. Und das Ergebnis ist, dass nach wie vor weit über 99 % der Autofahrerinnen und Autofahrer diese Debatte vielleicht mit dem Lächeln begleiten, das einige Kollegen hier am Anfang auch im Gesicht getragen haben.

(Abg. Döpfer CDU: Das war nur Freundlichkeit!)

Über 99 % der Autofahrerinnen und Autofahrer handeln nicht nach den Maximen des spritsparenden Fahrens und vergeuden 20 % Sprit ohne jeden Nutzen.

(Abg. Wintruff SPD: Wozu gehören Sie? Zu den 10 % oder zu den 90 %?)

Dies ist eine empirisch erhobene Tatsache, und wir haben die Landesregierung in unserem Antrag darum gebeten, eine Erklärung für dieses Phänomen zu finden. Warum verschwenden die Menschen in dieser Form Geld, und warum beeinträchtigen sie ohne jeden Nutzen das Klima?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Da hat er Recht!)

Die Stellungnahme der Landesregierung ist so einfach wie hilflos, nämlich: Hierbei handle es sich um Verhaltensänderungen, und Verhaltensänderungen seien praktisch nicht zu erzielen, und es dauere sehr, sehr lange, überhaupt zum Erfolg zu kommen.

(Abg. Kiefl CDU: Nicht gesetzlich zu erzwingen!)

– Von „erzwingen“ habe ich gar nicht gesprochen, sondern von „erzielen“, Herr Kollege. – Verhaltensänderungen seien also praktisch gar nicht zu erreichen. Insofern steht man einigermaßen hilflos und ohne Instrumente da.

Ich glaube, wenn der Kern des Problems der ist, dass hier irrational gehandelt wird, dass Ressourcen vergeudet werden, dass wirtschaftlich an und für sich allein durch die Einsparung von Kraftstoff schon genügend Anreize bestünden, eine energiesparende Fahrweise zu erlernen – –

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

– Herr Oberbürgermeister, hoffentlich haben Sie in Ihrer Stadt schon viele Kurse dieser Art durchgeführt,

(Abg. Kübler CDU: Kommen Sie mal vorbei, dann werden Sie es sehen!)

wenn Sie hier meine Rede so freudig kommentieren. Ich bin auch gerne bereit, bei Ihnen in der Gemeinde vorbeizuschauen.

Wenn die Ausgangssituation ist, dass sich 99 % der Menschen nicht darauf einlassen, dann kann es nicht bei einem hilflosen Wegschauen bleiben, sondern dann sind neue Instrumente gefragt. Dann ist das, was bisher angeboten wurde, offenbar unzureichend. Wir haben aus diesem Grund in unserem Antrag einige Bausteine einer Kampagne dafür, wie man mehr Bewusstsein hierfür schaffen könnte, vorgeschlagen, die wir Ihnen gerne auch zur Abstimmung vorlegen möchten.

Wenn es nur darum geht, das Bewusstsein der Menschen zu erreichen, ein irrationales Handeln aufzubrechen, dann darf man sich gerne auch einmal moderner Marketingmethoden bedienen. Wir haben deswegen zum Beispiel vorgeschlagen, dass einige prominente Mitglieder der Landesregierung, wenn der Hockenheimring schon mit Landesmitteln umgebaut wird

(Abg. Blenke CDU: Die sind alle prominent!)

– meinetwegen alle prominenten Mitglieder der Landesregierung; das sind nicht viel mehr als einige –, zusammenkommen und auf dem Hockenheimring

(Abg. Theurer FDP/DVP: Spritsparwettbewerb!)

– jawohl – einen Spritsparwettbewerb durchführen, der dann ein entsprechendes Medieninteresse findet. Das ist nur

(Boris Palmer)

ein Vorschlag. Wir müssen hier eine Kampagne starten. Es muss mehr Bewusstsein geschaffen werden.

Wir sollten auch, was das Land angeht, im eigenen Zuständigkeitsbereich tätig werden, meine Damen und Herren.

Zum Oberbürgermeister: Das Thema ist in den Kommunen außerordentlich bedeutsam. Meine Damen und Herren, wir sollten im eigenen Zuständigkeitsbereich tätig werden. Warum ist es bei insgesamt über 200 000 Landesbediensteten nicht möglich, zumindest die Landesbediensteten, die dienstlich mit Kraftfahrzeugen unterwegs sind und damit auch dem Landeshaushalt Kosten verursachen, zu schulen und sie entsprechende Spritsparkurse besuchen zu lassen? Eine entsprechende Regelung gibt es bisher nicht. Freiwillige Angebote gibt es sehr wohl, aber sie werden nicht im notwendigen Umfang genutzt. Warum hier also nicht vorbildlich tätig werden?

(Abg. Theurer FDP/DVP: Zeit sparen!)

Herr Oberbürgermeister, warum laden Sie nicht alle Mitglieder Ihrer Stadtverwaltung zu einem solchen Spritsparkurs ein? Das würde, mittelfristig gerechnet, Ihrem kommunalen Haushalt wahrscheinlich durchaus helfen.

In diesem Sinne sollten wir tätig werden, meine Damen und Herren. Es ist – nebenbei bemerkt – auch ein Kennzeichen der Politik der Landesregierung, dass sie gerade im Ökobereich dort, wo sie selbst Kompetenzen hat, nicht tätig wird. Wir haben das beim Thema Rußfilter, das auch im Verkehrsbereich von Bedeutung ist, in gleicher Weise erfahren. Die Landesregierung hält zwar Rußfilter für einen technischen Fortschritt, der gefördert werden müsse, aber kein einziges Fahrzeug im Besitz des Landes ist mit einem Rußfilter ausgestattet, der die Abgase der Dieselfahrzeuge säubert. Hier sollten Sie meiner Ansicht nach tätig werden.

Zum Titel des Antrags – da bin ich auf Ihre Diskussionsbeiträge gespannt – will ich noch bemerken, dass „mit Vollgas Sprit sparen“ auf eine technische Entwicklung zurückgeht, die auch weitgehend unbeachtet geblieben ist. Tatsächlich ist nämlich die Drehzahl für den Spritverbrauch ausschlaggebend, meine Damen und Herren. Bei gleicher Geschwindigkeit verbrauchen Sie im höheren Gang weniger Sprit, und zwar selbst dann – was die meisten Leute nicht glauben –, wenn Sie das Gaspedal tiefer durchtreten müssen, als wenn Sie im niedrigeren Gang mit weniger Gas unterwegs sind.

(Abg. Röhm CDU: Das wissen wir doch schon!)

Mit anderen Worten: Ich lade auch Sie ein, solche Spritsparkurse zu besuchen und in Ihren Wahlkreisen entsprechende Werbung zu machen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wir haben die schon besucht, Herr Kollege! Ich habe bereits eine Urkunde! – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

– Wenn Sie da schon mit gutem Beispiel vorangegangen sind, Herr Kollege Röhm, dann lobe ich auch dies an dieser Stelle.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe der Abg. Röhm CDU sowie Schmid und Katrin Altpeter SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schebesta.

Abg. Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind uns als CDU-Fraktion völlig einig mit dem Kollegen Palmer, dass erstens die Höhe der CO₂-Emissionen ein Problem ist und daran der Verkehrssektor mit der Steigerung seiner Emissionszahlen einen großen Anteil hat und dass zweitens das Land sowie das Umwelt- und Verkehrsministerium in diesem Land viel dazu beigetragen haben, das Thema „energiesparendes Fahren“ in das Bewusstsein zu bringen.

Ich stelle für meine Fraktion noch einmal ausdrücklich fest, dass zum Beispiel – Herr Kollege Palmer hat das auch schon angesprochen – die Förderung von Kursen für energiesparendes Fahren in Baden-Württemberg lange Zeit als einzigem Bundesland erfolgt ist. Das Land Baden-Württemberg nimmt damit eine Vorreiterrolle ein.

Herr Kollege Palmer, Sie entwerten Ihre Aussage, Sie würden diese Anerkennung mit uns teilen, dadurch, dass Sie davon sprechen, dass hilflos weggeschaut werde. Dadurch, dass eine Förderung stattfindet, wird eben nicht hilflos weggeschaut, sondern wird versucht, genau diese Anreize zum Besuch von Kursen zu setzen und die Bewusstseinsbildung voranzubringen. Man kann sich immer über verschiedene Dinge unterhalten. Das sollte man auch tun. Aber man sollte dann nicht von hilflosem Wegschauen sprechen.

Ich möchte einen Bereich ganz konkret ansprechen. Sie sagten, in unserem eigenen Zuständigkeitsbereich würde nichts erfolgen. Es gibt für Berufskraftfahrer die volle Anerkennung der Kurszeiten und für andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg die halbe Anerkennung auf die Arbeitszeit. Es gibt eine Bezuschussung dieser Kurse als Fortbildung für die Berufskraftfahrer. Da kann man nicht sagen, das Land würde im eigenen Zuständigkeitsbereich nichts tun.

Das ist, wie ich an diesem Beispiel belegt habe, nicht nur im eigenen Zuständigkeitsbereich, sondern auch auf vielen anderen Feldern, die in dem Antrag aufgeführt sind, durch das Land und durch das Umwelt- und Verkehrsministerium so erfolgt. Wir beide, Herr Kollege Palmer, gehören dem Landtag erst seit 2001 an.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist richtig!)

Es ist Ihr Verdienst, dass Sie uns jüngeren Kolleginnen und Kollegen mit Ihrem Antrag die Möglichkeit gegeben haben, die vielen Maßnahmen, die das Umwelt- und Verkehrsministerium in diesem Bereich ergreift, dargestellt zu bekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Schmidt-Kühner.

Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verkehr ist die Hauptursache für die CO₂-Emissionen. Das wird wohl auch in näherer Zukunft so bleiben, denn die Umweltkommissarin der Europäischen

(Minister Müller)

Wir müssen sozusagen am Eigeninteresse ansetzen. Unter diesem Gesichtspunkt verfahren wir übrigens auch bei unserer Werbung. Beispielsweise habe ich im Vorwort zur Energiesparbroschüre, die wir herausgegeben haben, nicht nur geschrieben: „Tu etwas für die Umwelt“, sondern sinngemäß auch geschrieben: Schlag dem Finanzminister ein Schnippchen bei der Ökosteuer.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD:
Wieso nur bei der Ökosteuer?)

– Ein guter Satz. – Ich habe es sogar noch schärfer formuliert: Trickst den Eichel aus,

(Unruhe bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Warum nicht die Mineralölkonzerne?)

indem ihr dadurch, dass ihr weniger verbraucht, weniger Steuern zahlt.

Wir müssen also sozusagen mit dem Eigennutz operieren. Denn mit einem anderen Gedanken dringen wir leider nicht durch; damit können wir nur einige ganz wenige Hochmotivierte erreichen. Wir werden unsere Aktivitäten weiterverfolgen.

Interessant ist – um darauf noch einmal zurückzukommen –, was die größeren Verbraucher angeht: Wir haben in der Landtagsdrucksache auch eine Kontrollstudie angekündigt. Sie ist mittlerweile erfolgt. Partner war die Telekom mit ihren Firmenfahrzeugen. Ziel der Untersuchung war, herauszufinden, welche Einsparungen nach längerer Zeit noch messbar sind. Denn eine Einsparung von 10 bis 20 % wäre nur dann erreichbar, wenn jeder das, was er in einem Spritparkurs gelernt hat, für den Rest seines Autofahrerlebens exakt einhalten würde. Wir wissen aber auch aus allen möglichen anderen Unterrichtssituationen, dass in der Regel nicht alles hängen bleibt und es auch alte Gewohnheiten gibt. Deswegen hat uns interessiert: Was bleibt langfristig übrig, wenn man diesen Gewohnheitseffekt, wieder in die alten Fehler zurückzufallen, berücksichtigt? Das wollten wir mit einer repräsentativen Untersuchung klären.

Diese Untersuchung ist im Frühjahr 2003 erfolgt, und zwar bei 180 Fahrern. Sie hat ergeben, dass selbst nach einem halben Jahr noch eine Einsparung von durchschnittlich 7,3 % erzielt wird, obwohl es auch Fahrer gibt, die unter Termindruck stehen und anderes im Kopf haben, als betont spritsparend zu fahren. So etwas spricht sich natürlich herum. Ich hoffe, dass es sich herumspricht. Wir plädieren dafür, dass es sich herumspricht. Wir arbeiten darauf hin, dass es sich gerade bei den Betreibern großer Fahrzeugflotten, bei Unternehmen unterschiedlichster Art, bei den städtischen Verkehrsbetrieben und vielen anderen besonders herumspricht, dass ihre Berufskraftfahrer von dieser Erkenntnis Gebrauch machen sollten.

Zum Schluss will ich doch noch die Bemerkung machen, Herr Kollege Palmer: Es freut mich, dass Sie davon ausgehen, dass Mitglieder der Landesregierung eine so strahlende Wirkung auf die Bevölkerung haben, dass – –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich habe eher an Herrn Döring als an Sie gedacht! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Wie ich das jetzt verstehen soll, weiß ich nicht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir verstehen es auch nicht! – Vereinzelt Heiterkeit)

Dass wir mit Veranstaltungen auf dem Hockenheimring die Leute zu einem anderen Verhalten bewegen können – da sollten wir uns, ehrlich gesagt, nicht überschätzen. Davon halte ich relativ wenig. Es gibt übrigens mittlerweile von einem unserer Partner eine solche Veranstaltung auf dem Hockenheimring, bei der man das Thema Spritsparen sozusagen mit Spaß, mit Event und mit Fun verbindet. Ein Spritspartraining auf dem Hockenheimring kann man machen,

(Abg. Rech CDU: Spritsparen mit Michael Schumacher!)

aber ich glaube, wir sollten da jetzt nicht „Ringelpiez mit Anfassen“ machen.

Kleine Randbemerkung zum Thema Rußfilter: Sie haben das letzte Mal gesagt, wir würden etwas predigen, was wir selbst nicht einhielten. Also: Im öffentlichen Bereich – ich habe das ja gerade dargestellt –, bei öffentlichen Bediensteten und vor allem bei den Berufskraftfahrern machen wir im Interesse der Umwelt, was wir tun können. Aber was den Rußfilter angeht, muss ich sagen: Es gab sie bisher nur bei ganz wenigen Anbietern. Wir hätten Peugeots kaufen können, aber das tut man halt aus bestimmten Gründen nicht.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wenn es in Zukunft mehr Rußfilterfahrzeuge gibt, wird das natürlich auch im Programm der Landesregierung zur Beschaffung der Fahrzeuge, die wir üblicherweise kaufen, seinen Niederschlag finden.

Das sind nicht nur baden-württembergische, aber in der Regel sind es deutsche Fahrzeuge – aufgrund der Verwendungsnotwendigkeiten und Kriterien, die wir an solche Fahrzeuge anlegen. Insofern sind wir da, glaube ich, ganz konsequent.

Bei diesem Thema der Landespolitik – es ein Schlüsselthema zu nennen wäre vielleicht übertrieben – ziehen wir alle am selben Strick. Ich kann Sie nur bitten, meine Damen und Herren, Beiträge zu leisten – sei es als Kommunalpolitiker, sei es als Landespolitiker – und Beispiele zu setzen, damit wir bei diesem Thema vorankommen. Auch ich wäre daran interessiert, dass wir – nicht nur mit Geld – bei einer Aufgabe, die im Prinzip keine Aufgabe des Staates ist, sondern eine Aufgabe der Einsicht aller Bürger, mit unseren Impulsen einen Prozess in Gang setzen, der eigentlich auch ohne uns genauso stattfinden könnte. Denn es ist sinnvoll, Sprit zu sparen, vorsichtiger zu fahren – wenn auch nicht unbedingt langsamer – und damit einen Beitrag für den eigenen Geldbeutel und für die Umwelt zu leisten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stand zu befürchten!
– Abg. Hauk CDU: Wie zu befürchten war! – Abg. Seimetz CDU: Er hat ja nur noch eine halbe Minute!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte einen Punkt, den Frau Kollegin Schmidt-Kühner aufgebracht hat, noch einmal aufgreifen und auch zurückweisen.

Frau Schmidt-Kühner, Sie werfen mir vor, es sei doch absurd, auf dem Hockenheimring Spritsparkurse zu veranstalten, und tun das sozusagen mit dem erhobenen ökologischen Zeigefinger.

(Abg. Rech CDU: Das hat schon was!)

Nachdem Ihre Fraktion aber im Gegensatz zu unserer Fraktion der Bewilligung von 30 Millionen € für den Umbau dieses Ringes zugestimmt hat, muss ich fragen: Darf ich daraus folgern, dass man nur mit 350 Stundenkilometern über diesen Ring fahren darf, aber nicht, um das spritsparende Fahren einzuüben? Wollten Sie uns das mitteilen? Entschuldigung, dieser Argumentation kann ich nicht ganz folgen.

Was die FDP/DVP angeht, lautete die Hauptaussage: Durch den Ausbau von Straßen tut man mehr für die Umwelt und die Reduktion des Spritverbrauchs. Ich hoffe, dass Sie das nicht ganz ernst gemeint haben.

(Zurufe von der FDP/DVP)

Herr Minister Müller, Ihr Beitrag war – wie gewohnt – sachlich

(Abg. Hauk CDU: Gut!)

und insoweit auch zustimmungsfähig. Ich muss aber festhalten: Wir haben alle miteinander hier in diesem Saal ganz offenkundig keine Vorstellung dazu entwickeln können, wie wir wenigstens einmal 2 oder 3 % der Bevölkerung erreichen und sie von der Idee des Spritsparens überzeugen können.

(Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Dr. Inge Gräßle – Glocke des Präsidenten)

Im Moment – –

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Palmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haller?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja, bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte, Herr Haller.

Abg. Haller SPD: Herr Abg. Palmer, Sie haben jetzt und auch schon vorhin den Kollegen Ratschläge gegeben, wie sie in ihren Wahlkreisen auf Erfolge beim Spritsparen hinwirken können. Ich gehe davon aus, dass Sie mit mir einig sind, dass auch die bessere Koordination von Ampelschaltungen spritsparend wirkt.

Meine Frage: Was haben Sie denn unternommen, damit in der Stadt Tübingen die chaotische Ampelschaltung auf der B 27 verbessert wird?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Ertappt! – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Haller, es wäre, glaube ich, eine absolute Kompetenzüberschreitung, wenn ich der zuständigen Behörde dahin gehend Vorschriften machen würde.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Fleischer CDU: Ein bescheidener Palmer!)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wenn es so ist, dass bisher nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung mit der Idee des Spritsparens erreicht wird, dann mache ich Ihnen einen Vorschlag – ich bin gespannt, wie Sie darauf reagieren –, wie man dies relativ schnell ändern könnte: indem nämlich spritsparendes Fahren nicht nur Bestandteil der Führerscheinausbildung wird, sodass etwa nach 70 Jahren alle Führerscheinbesitzer die entsprechenden Techniken kennen, sondern indem man auch eine Fortbildung für die Führerscheinbesitzer einführt. Ich bin gespannt, ob Sie dieser Idee, wenn sie in die politische Diskussion kommt, zustimmen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Was beantragen Sie für die geschäftsordnungsmäßige Behandlung?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE unterhält sich mit Abg. Göschel SPD. – Zurufe von der CDU)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Verzeihung, der Herr Kollege verkehrspolitische Sprecher der SPD hat mich gerade abgelenkt.

Stellv. Präsident Birzele: Dazu gehören immer zwei. – Ist der Antrag mit der Aussprache erledigt?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich beantrage Abstimmung.

Stellv. Präsident Birzele: Es ist Abstimmung beantragt.

Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/1595 ist ein Berichtsantrag und mit der Aussprache erledigt. – Sie stimmen dieser Feststellung zu.

Über Abschnitt II wünscht die Fraktion GRÜNE eine Abstimmung. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zuruf von der CDU: Doch so viele!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 17. Dezember 2003, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 15:39 Uhr